

Machtungleichheit oder Demokratie Antworten aus lobby- und konzernkritischer Perspektive

Thomas Dürmeier, Diplom-Volkswirt (Uni)
Universität Kassel
Vorstandsmitglied bei LobbyControl
duermeier @ uni-kassel.de

30. April 2011

Address:
Thomas Dürmeier
University of Kassel
Fachbereich 05
Nora-Platiel-Str. 1
D-34127 Kassel
Germany

Die Proteste und Diskussionen um Stuttgart 21 haben den Begriff „Demokratie“ wieder auf die öffentliche Agenda gesetzt. Weitere Ereignisse sind z.B. die Verhaftung des Wikileaks-Gründers Julian Assange oder die Debatte um das Buch „Post- Democracy“ von Colin Crouch aus dem Jahre 2004 (2008 auf Deutsch bei Suhrkamp)¹. In meiner Arbeit bei der bundesdeutschen Nichtregierungsorganisation LobbyControl und in meiner wissenschaftlichen Arbeit am Fachgebiet „Globalisierung & Politik“ entwickle ich Elemente für eine eigene Theorie und Analyse von Macht, Politik und Demokratie. Zu diesen Teilstücken gehören demokratischeschädliche Machtasymmetrien, Kritik am pluralistischen Interessenwettbewerb oder die linke Präferenz für (direkt)demokratische Elemente.

Macht kann als ungleiche Veränderung von Handlungsräumen in politökonomischer Interpretation des Capability-Ansatzes von Amartya Sen (vgl. Robeyns 2003) verstanden werden und mit der Kapitaltheorie von Pierre Bourdieu (1992) ergänzt werden (Dürmeier 2005, 2008). Diese neue Konzeptionalisierung von (politischer) Macht erlaubt ein Fazit, auf die demokratiegefährdenden Tendenzen der politischen Macht von transnationalen Unternehmen in globalen Strukturen der Global Governance oder dem pluralistischen Versagens des Interessenwettbewerbs auf nationalstaatlicher Ebene. Aus meinen

¹ Vgl. hierzu auch: Themenheft der Zeitschrift „Neue Soziale Bewegungen“ oder APuZ 1/2011.

theoretischen Folgerungen und empirischen Beispielen komme ich zu einer skeptischen Beurteilung, ob Demokratie unter (ökonomischen) Ungleichheiten möglich ist.

Postmoderne Antidemokratie

Postmoderne Demokratietheorien negieren das politische Transformationspotential, Jürgen Habermas ist mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns zu euphorisch, wobei die postmodernen Analysen wie von Laclau/Mouffe oder Foucault nur das Versagen der Demokratie und die Zerspaltung/Differenzen hervorheben. Sie leisten mit einem *pluralen* Wahrheitsbegriff, also es gibt mehrere *Wahrheiten*, einer anything goes Politik und Beliebigkeit Vorschub, die kein Gemeinsames und keine Geltung mehr kennt. Eine Alternative wäre der Kritische Realismus (vgl. Margarete Archer etc.) Auch wenn die postmoderne Diskursanalyse die Bedeutung von Macht durch Begriffsinhalte aufzeigt, fehlt ein normatives Element. Was soll sein, wenn alles nur verschieden ist.

Neoliberale Demokratiekritik an linker Wunderwaffe Demokratie

Zahlreiche linke Bewegungen sehen in dem Begriff „Demokratie“ wie demokratische Banken (ATTAC Österreich), Wirtschaftsdemokratie oder Mehr Demokratie eine Wunderwaffe auf alle gesellschaftlichen Probleme. Die Schattenseiten der Demokratie werden nicht oder nur wenig thematisiert oder als kapitalistische Verfremdungen gesehen. Die Demokratie funktioniert nicht, weil Reiche und Mächtige ihr Vermögen nutzen oder der Kapitalismus Widersprüchlichkeiten der Ausbeutung im demokratischen System hegemonial schließt. Eine linke Demokratiekritik setzt an der noch nicht richtigen Form der Demokratie im Kapitalismus an, während rechte Marktradikale Demokratie grundsätzlich als mit Staatsversagen durchzogen sehen. Die Kritik von neoliberalen DenkerInnen zum Politikversagen und den Schwächen der Demokratie muss relativiert werden, aber sollte nicht negiert werden. Kleine Interessengruppen können sich besser organisieren als breite Gesellschaftsschichten wie Gewerkschaften (vgl. Mancur Olson, Douglas North). Die Aggregation von Einzelmeinungen ist schwierig und kann inkonsistent sein (Unmöglichkeitstheorem von Arrow). PolitikerInnen und Staatsbeamte sind auch zu gewissen Teilen an ihrem Eigeninteresse interessiert. Der Markt ist aber keine Alternative zu demokratischen Strukturen, da der Markt nur kaufstarke und/oder marktwirtschaftlich nachgefragte Menschen berücksichtigt. Dem Wirtschaftssystem müssen demokratische Grenzen gesetzt sein, weil sonst die Würde des Menschen, hier sein unbezahlbarer Selbstwert, keine Akzeptanz mehr findet.

Interessengruppen und Postdemokratie: eine Kulturkritik

Selbsteuerungstechniken wie Public Affairs Management und NLP zerstören die

gesellschaftliche Selbstbestimmung, da nur noch Stimmungen manipuliert werden und Kennzahlen (Ist-Soll-Abgleich) erreicht werden, jedoch der demokratische Streit um das Wahre und Schöne und Gute fehlt. Ungleiche Machtressourcen wie Geld, soziale Netzwerke, Wissen- und Ideologiebestände ermöglichen faktische Macht, auch wenn bestimmte Lobbyinstrumente wie Drehtüren oder Kunstrasen dank Transparenz oder Abkühlkarenzenzen verhindert sind. Die Postdemokratie schüttet jedoch das demokratische Kind mit den Lobbyisten aus, wenn Lobbyisten die Politik regieren. Lobbyisten können die demokratische Scheindemokratie nicht abschaffen, da sonst Zustimmung und politisch selektive Einbindung (à la Poulantzas) der Bevölkerung und Arbeiterklasse verloren geht.

Auswege

Irrwege, die viel diskutiert werden, aber nicht weiter bringen: libertärer Markt oder Anarchismus, kommunitaristisches Dorf- oder Regionalidyll mit Menschenpflichten (InterAction Council 1997), Zinskritik, Waldorfschule plus Demeter, Aussteigermodelle,...

Es sollte die demokratische Reproduktion unserer Gesellschaft wieder hergestellt werden: falsche Schulpolitik (Privatschulen, Eliteunis,..) behindert soziale Mobilität zwischen

Gesellschaftsschichten, Kritik an neoliberaler Ideologie/materialistischem-postmodernem Zeitgeist, Neobiedermeier mit iPhone, IKEA und Alnatura, Alternative zum Absterben traditioneller Großgruppen wie Kirchen, Parteien, Sportvereine und Gewerkschaften.

Falsche Medienentwicklung durch Privatfernsehen, Dauerwerbepropagandabeschallung und Tittytainment. Durch sich Todlachen über die Schwächen der neuen Superstars und des Nachtretens wie von Leuten wie Dieter Bohlen verringert sich die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Akzeptanz. Wir konsumieren uns zu Tode: Fitnisstudio, Pay-TV, Co2-Zertifikate, Fundraising,...

Mehr direktdemokratische Elemente wie Volksentscheide auf Bundesebene oder Direktwahl des BundespräsidentInnen können nur bei höherer sozialer Offenheit, breiterer Mittelschicht/geringerer sozialer Ungleichheit, besserer demokratisch-politischer Bildung und breiterem politischem Engagement ihre volle emanzipatorische Kraft entfalten. Die Macht der kapitalistischen Eliten der Superreichen und Konzernchefs behindert zahlreiche politische Erfolge und lässt Leute mit kleinbürgerlicher oder wenig politischer Erfahrung schnell resigniert ins Private und ins Unpolitische zurückfallen, wobei die Mächtigen noch mächtiger werden.

Transparenz über die Machtverhältnisse (vgl. Domhoff: Who is ruling America) oder Machtauswüchse wie Wikileaks können helfen, aber erst die Veränderung der Machtverhältnisse schafft Demokratie. Das Internet bildet nur die gesellschaftlichen

Machtverhältnisse wieder ab, was amazon.com oder Microsoft zeigen. Demokratische Aufklärung, emanzipatorische Bildung, befähigendes Handeln (vgl. USA-direct action; organizer Spirale) in strukturverändernden Kampagnen ermöglicht politische Veränderung der herrschenden Machtverhältnisse.

Jede zivilgesellschaftliche Kampagne, welche nur mehr direktdemokratische Elemente fordern wie Linke, WASG und andere machen den selben Fehler wie Joschka Fischer und die Grünen: der lange Marsch durch die Institutionen zur postkapitalistischen Gesellschaft endete im neoliberalen Globalkapitalismus. Auch das Scheitern des lokalen Agenda 21-Prozesses zeigt dies.

Machtverhältnisse treiben und erzeugen Unfreiheiten. Macht über andere ist die Macht zur Reduktion von Handlungsmöglichkeiten, von Freiheit (Dürmeier 2011). Kapitalismus ist ein politökonomisches System, was auf dem machtförmigen basierendem ungleichen Tausch oder dem Raub basiert. Mensch sprach früher von primärer Akkumulation usw.... Aufrufe wie „Empört euch“ oder „Der kommende Aufstand“ sind ein Zeichen der Zeit, nach der Suche nach einem autonomen Rückgrat im Sturm der Selbstverwertung gegen Strukturen, die unser Handeln prägen.

Literatur

Bardhan, P. (1991): On the Concept of Power in Economics, in: Economics and Politics, No. 3, S. 265-277

Bourdieu P. (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg: VSA-Verlag

Bowles, S., Gintis, H.M. (1989): Power and Wealth in a Competitive Capitalist Economy, Amherst, Massachusetts: working paper series

Brumlik, Micha (2010): *Neoleninismus in der Postdemokratie*, In: Blätter für deutsche und internationale Politik.

Dürmeier, T. (2005): The Struggle for Power in Economics. The History and Transdisciplinary Translation of Entrepreneurial Political Power, Annual Heterodox Conference, London

Galbraith, J. K. (1972): Power and the Useful Economicist, in: American Economic Review, Vol. 63, S. 1-11

Marchart, O. (2010). *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Rothschild, K. W. (1971): Power in Economics, Harmondsworth, Baltimore/MD, Ringwood: Penguin Books

Schmidt, Manfred G. (1995): *Demokratiethorien*. (aktuelle Auflage 2010).

Stützel, W. (1952): Analytische Theorie des Verhältnisses der Wirtschaft zum Staat, Tübingen: Universität Tübingen, Dissertation, unveränderter Nachdruck 1972, Aalen: Scientia